

Iwona Haberlandt vom Bezirk Unterfranken berät in Pflegestützpunkten der Region

„Können wir uns ein Heim leisten?“

Sich morgens aus dem Bett zu rappeln wird immer schwieriger. Auch gelingt es nicht mehr so gut, sich zu waschen. Das Einkaufen ist mühsam. Und das Kochen. Pflege wäre nötig. Aber wie sie organisieren? Geht das ambulant? Oder braucht es ein Heim? Doch was kostet das? Wäre eine stationäre Unterbringung finanziell zu stemmen? Solche Fragen werden in Pflegestützpunkten beantwortet. Auch der Bezirk Unterfranken ist hier aktiv. So berät Iwona Haberlandt regelmäßig in verschiedenen Anlaufstellen der Region.

Mit steigendem Lebensalter nimmt die Quote der Pflegebedürftigen zu. Nachdem die Menschen immer älter werden, gibt es Jahr für Jahr mehr Männer und Frauen, die auf Pflege angewiesen sind. Die Bezirke in Bayern sind seit Langem für die stationäre Pflege zuständig. Seit dem Jahr 2018 kümmern sie sich außerdem um die ambulante Hilfe zur Pflege. „Seither engagiert sich der Bezirk Unterfranken dafür, dass das Vor-Ort-Beratungsangebot für Pflegebedürftige und Angehörige zu rechtlichen, finanziellen und lebenspraktischen Fragen ausgebaut wird“, so Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel.

Erfahrung, Sachwissen und Empathie

Iwona Haberlandt berät mit großer Erfahrung, hohem Sachwissen und viel Empathie in verschiedenen unterfränkischen Kommunen. Zu Nicht-Corona-Zeiten ist die gelernte Altenpflegerin zum Beispiel an jedem zweiten Dienstag im Monat im Schweinfurter Pflegestützpunkt. Einmal im Monat kommt sie nach Kitzingen, an jedem zweiten Mittwoch berät sie im Stützpunkt von Stadt und Kreis Würzburg. In Main-Spessart, in Miltenberg sowie in Stadt und Kreis Aschaffenburg, wo noch Pflegestützpunkte aufgebaut werden müssen, bietet sie regelmäßig vor Ort Beratungen an.

Aufgrund der Pandemie finden die Beratungen im Moment telefonisch statt. Meist kommt für die Angehörigen alles etwas plötzlich. Bisher war die Mutter leidend gesund gewesen. Eines Tages stürzt sie. „Meine Mutter hat sich die Hüfte gebrochen, was sollen wir machen?“ Solche Fragen bekommt Iwona Haberlandt oft zu hören. Die Geschichten ähneln sich: Meist wird rasch klar, dass die Seniorin nicht mehr alleine in ihrer Wohnung klarkommen wird.

Bezirk Oberbayern- verleiht Preis an junge Mimen

Fünf Schauspielschülerinnen und ein Schauspielschüler sprachen in diesem besonderen Jahr der Lore-Bronner-Preis-Jury vor, in dem Heinrich von Kleist als Pflichtautor gesetzt war. Geschickt wurden sie von der Neuen Münchner Schauspielschule, der ISSA (Internationale Schule für Schauspiel und Acting) und der Schauspielschule Zerboni. Selbst diese reduzierte Bewerberanzahl stellte das Team vor besondere organisatorische Herausforderungen: Damit sich die einzelnen Teilnehmenden nicht begegnen, mussten Garderobenzeiten genau getaktet werden. Dank des geräumigen Zuschauerraumes im Kleinen Theater Haar konnte die elfköpfige Jury dann in ausreichenden Abstand zueinander und zur Bühne ihre Arbeit machen. Ausgezeichnet wurden: Augusta Belóka (39) aus Athen, Carolin Steinegger (29) aus Ebersberg und eine lobende Anerkennung gab es für Ricarda Verena Wimmer (27) aus München. Die Preisträgerinnen teilen sich 6000 Euro Preisgeld, dürfen sich über ein Engagement bei den „Weilheimer Festspielen“ freuen. > **BSZ**



Iwona Haberlandt berät Pflegebedürftige und Angehörige in den aktuellen Pandemie-Zeiten in erster Linie telefonisch.

FOTO: CHRIST

Das kann eine Familie in die Krise stürzen. Denn bisher hat sich noch niemand Gedanken gemacht, was in einem solchen Fall zu tun ist. Man hat damit einfach nicht so schnell gerechnet. Die Mutter ist doch noch nicht einmal 80! Nun muss rasch Hilfe organisiert werden. Wer könnte bloß ein paar Tipps geben?

Gut, wenn in dieser Situation bekannt ist, dass es Pflegestützpunkte gibt. Die Anlaufstellen sind eben deshalb so wichtig, weil Betroffene im Falle einer plötzlichen Pflegebedürftigkeit dem System „Pflege“ hilflos gegenüberstehen. Aus eigener Kraft können sie sich kaum einen Überblick verschaffen, so komplex ist alles.

In den Stützpunkten sind Expert*innen verschiedener Professionen von verschiedenen Institutionen engagiert. „Dadurch wird Beratung aus einer Hand geboten“, erläutert Dotzel. In den aktuell sechs regionalen Pflegestützpunkten in Unterfranken seien neben dem Bezirk die Kranken- und Pflegekassen sowie die Kommunen beteiligt. Menschen Ängste zu nehmen, ist für Iwona Haberlandt oberstes Gebot. Sie beruhigt zum Beispiel Gatten von Pflegebedürftigen, die befürchten, dass sie nun aus dem gemeinsamen Haus ausziehen müssen, zieht der Ehepartner oder die Ehepartnerin in ein Pflegeheim ein.

Gerade auch für solche Fragen sind die bezirklichen Beraterinnen die idealen Ansprechpartnerinnen, denn letztlich ist es der Bezirk, der finanziell einspringt, wenn die eigenen Einnahmen und das eigene Vermögen nicht reichen, um einen Heimaufenthalt zu bezahlen. Bei Fragen, die sie als Altenpflegerin nicht vollumfassend beantworten kann, verweist Haberlandt an kompetente Sachbearbeiter in der Bezirksverwaltung.

Wie individuell die Anliegen sind, zeigt ein Fall, der unlängst zur Bearbeitung anstand: Die erwachsenen Kinder einer Frau, die in ein Pflegeheim umziehen musste, wussten nicht, wie sie mit dem Wohnrecht der Frau im Haus umgehen sollten. „Dieses Wohnrecht existierte bis ans Lebensende“, schildert Iwona Haberlandt.

Doch darf die Wohnung aufgrund des Umzugs ins Heim nun doch vermietet werden? Ist man gar gezwungen, einen Mieter zu finden, um die Heimkosten zu finanzieren? Was, wenn eine Ver-

mietung nicht möglich ist? Schließlich ist das Haus alt. Und die Wohnung wenig attraktiv. Letztlich wäre es natürlich am Schönsten, wenn man daheimbleiben könnte, aber oft geht das einfach nicht. Wie kann der Übergang ins Heim gut gestaltet werden? Auch das ist eine Frage, mit der Angehörige in den Pflegestützpunkt kommen.

Zeitig über den Umzug sprechen

„Ganz wichtig wäre es, zeitig über den Umzug zu sprechen und die älteren Menschen einzubinden, wenn es um die Entscheidung für ein konkretes Heim geht“, so Iwona Haberlandt. Die Senioren sollten die Chance erhalten, sich zwei oder drei Häuser anzuschauen. Der oft schwierige Übergang wird oft auch dadurch erleichtert, dass Erinnerungsstücke mitgenommen werden: „Das können Fotografien, Bilder, Bücher oder Geschirrstücke sein.“ Pflege führt meist zunächst zu Stress, Verunsicherung und seelischer Belastung. Doch damit blei-

ben Angehörige dank der Pflegestützpunkte nicht alleine.

Dass es die Anlaufstellen gibt, ist dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz von 2008 zu verdanken. Alle Versicherten haben demnach Anspruch auf eine neutrale, kostenlose Beratung durch einen Pflegestützpunkt oder durch Pflegeberater*innen. Eingelöst ist dieser Anspruch allerdings noch nicht überall im Freistaat.

Unterfranken, so Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel, sticht im Vergleich zum restlichen Bayern als positives Beispiel eines in Kürze flächendeckenden Beratungsangebots über Pflegestützpunkte hervor. Wie stark die Motivation in Unterfranken zur vernetzten Hilfe bei Pflegebedürftigkeit ist, zeigen die Aktivitäten jener Kommunen, die noch keine Anlaufstelle haben. So wollen die Kreise Main-Spessart und Aschaffenburg noch heuer Pflegestützpunkte eröffnen. „Miltenberg strebt ebenfalls den Aufbau eines Pflegestützpunkts an“, so Dotzel. Der soll, wenn alles nach Plan läuft, nächstes Jahr an den Start gehen. Auch die Stadt Aschaffenburg befindet sich laut Bezirk in der Planung für einen Stützpunkt. > **PAT CHRIST**

Seltenes Berufsjubiläum in Kloster Irsee

Ricarda Zemljak seit 40 Jahren im Servicebereich tätig

2021 blickt Kloster Irsee auf vierzig ereignisreiche Jahre als Tagungs-, Bildungs- und Kulturzentrum des Bezirks Schwaben zurück. Die seit Eröffnung des Hauses im Restaurant tätige Serviererin Ricarda Zemljak begeht in diesen Tagen ihr 40-jähriges Betriebsjubiläum. Anlass für Abteilungsleiterin Christiane Breidenbach und Werkleiter Stefan Raueiser, Zemljak für die jahrzehntelange vertrauensvolle Zusammenarbeit zu danken. „Sie sind meine lebende Inventur“, meinte Restaurantleiterin Christiane Breidenbach zur Jubilarin, die stets sämtliche Lagerräume des weitläufigen Klosterkomplexes im Blick hat und auch alle wiederkehrenden Großveranstaltungen aus dem Effeff beherrscht. „Dass Sie über den Tellerrand Ihrer Abteilung hinausblicken, zeigt sich auch in Ihrem Engagement im Personalrat des Schwäbischen Bildungszentrums“, bedankte sich Werkleiter Raueiser bei der Servicefachkraft, die am 22. Juni 1981 ihre Beschäftigung in Kloster Irsee aufnahm.

Krisendienste ab sofort rund um die Uhr erreichbar

Ab sofort sind die Krisendienste Bayern rund um die Uhr unter der kostenlosen Telefonnummer 0800/55 30 00 erreichbar. Im Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) wurde festgelegt, dass die Bezirke zum 1. Juli 2021 die Erreichbarkeit der Leitstellen der Krisendienste Bayern rund um die Uhr sicherstellen müssen. Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags, freut sich, dass die wichtige Ausbaustufe pünktlich umgesetzt werden kann. „Krisen richten sich nicht nach der Uhrzeit. Deshalb sind wir froh, dass Menschen in seelischen Notlagen künftig auch in der Nacht eine erste Anlaufstelle haben, wo sie qualifizierte Hilfe und Unterstützung erhalten.“

Seit dem bayernweiten Start zum 1. März 2021 arbeiten die Leitstellen der Krisendienste mit Hochdruck daran, ihr Angebot sukzessive auszubauen. Für die Erreichbarkeit in der Nacht wird es Zusammenschlüsse zwischen einzelnen Krisendiensten geben, um die Abdeckung sicherzustellen. Dabei haben sich die Krisendienste in den Bezirken Oberfranken, Oberpfalz und Mittelfranken zusammengeschlossen. Zudem kooperieren die Krisendienste in Unterfranken und Schwaben. Niederbayern und Oberbayern werden jeweils alleine die Rund-um-die-Uhr-Erreichbarkeit sicherstellen. Durch Corona hat sich bei vielen Menschen der Leidensdruck erhöht. „Wir stellen fest, dass unser Angebot zur richtigen Zeit an den Start ging. Die Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen lösen bei vielen Menschen Ängste und Unsicherheiten aus. Deshalb ist es umso wichtiger, dass Menschen in psychischen Krisen zu jeder Tages- und Nachtzeit die Unterstützung erhalten, die sie in dem jeweiligen Moment brauchen“, so Löffler.

Die Krisendienste Bayern sind ein Netzwerk aus sieben eigenständigen regionalen Krisendiensten, die von den Bezirken organisiert werden. Das Beratungs- und Hilfeangebot ist dabei in allen Bezirken gleich, ebenso wie der Zugang über die kostenfreie Rufnummer. Die Krisendienste bestehen aus je einer Leitstelle, die mit Fachkräften besetzt ist. Dort erhält man telefonische Krisenhilfe. Wenn die telefonische Beratung nicht ausreicht, hilft das Fachpersonal in der Leitstelle bei der Vermittlung in das medizinische und psychosoziale Versorgungssystem vor Ort. In besonders dringenden Fällen kommen mobile Teams zum Einsatz, die die Anrufernden vor Ort aufsuchen. > **BSZ**

Spitzengespräch zum Kommunalen Finanzausgleich 2022

„Es braucht Unterstützung“

Durch die Corona-Pandemie stehen alle kommunalen Ebenen in Bayern vor großen finanziellen Herausforderungen. Das hat das Spitzengespräch am Mittwoch, 7. Juli 2021, zwischen den vier Kommunalen Spitzenverbänden und dem bayerischen Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Füracker, sowie Innenminister Joachim Hermann (beide CSU), Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (FW) und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im bayerischen Landtag, Josef Zellmeier (CSU), zum Kommunalen Finanzausgleich (FAG) noch einmal verdeutlicht.

Mit dem Ausgleich der Gewerbesteuererlöse durch Bund und Freistaat konnten im vergangenen Jahr größere Finanzlöcher verhindert werden. „Bisher sind wir mit einem blauen Auge davongekommen – dafür sind wir dem Bund und dem Freistaat sehr dankbar. Da die Bezirke aber weitestgehend über Umlagen finanziert werden, sind wir auf solide Haushalte von Gemeinden, Städten und Landkreisen angewiesen. Auch für 2021 braucht es für den Ausgleich der

Gewerbesteuerausfälle die Unterstützung von Bund und Freistaat. Denn wenn die anderen kommunalen Ebenen in eine finanzielle Schieflage geraten, trifft das auch die Bezirks Haushalte“, machte Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirketags deutlich.

Ausgaben der Bezirke stiegen schon vor Corona

Seit Jahren steigen die Ausgaben der Bezirke an – auch schon vor der Corona-Pandemie. Von 2015 bis 2019 sind die Nettoausgaben der Eingliederungshilfe in Bayern von 2,3 auf 2,9 Milliarden Euro gestiegen. Zudem verzeichnen die Bezirke Mindereinnahmen durch Gesetzesänderungen. Alleine durch das Bundesteilhabegesetz sowie das Angehörigenentlastungsgesetz hatten die Bezirksverwaltungen im Jahr 2020 Mindereinnahmen von rund 100 Millionen Euro zu verbuchen. Verbandspräsident Löffler betrachtet diese Entwicklung mit Sorge: „Da wir in den nächsten Jahren das ursprünglich erwartete Ni-

veau der Steuereinnahmen nicht erreichen werden, müssen wir uns schon die Frage stellen, wie wir unsere Leistungen in der sozialen Daseinsvorsorge auch weiterhin finanzieren können. Eines ist klar: Der Konsolidierungsdruck in allen kommunalen Haushalten wird steigen. Deshalb sind wir zunächst einmal froh, dass die Zuweisungen an die Bezirke nach Artikel 15 FAG stabil bleiben.“ Ebenfalls positiv bewertete Verbandspräsident Löffler die Zusage, dass die Schlüsselzuweisungen an Gemeinden, Städte und Landkreise noch einmal gestärkt werden. Denn so würden auch die Umlagegrundlagen für die Bezirke stabilisiert.

Verbandspräsident Löffler ist überzeugt, dass die kommunale Finanzsituation in den kommenden Jahren das große Thema sein, das alle kommunalen Ebenen noch lange begleiten wird: „Sollte der Bund nicht zu seiner Verantwortung stehen, so muss zumindest der Freistaat für seinen Teil einspringen. Ansonsten kommen schwierige Zeiten auf die bayerischen Kommunen und damit auch die Bezirke zu.“ > **M. SPILLER**

VERANTWORTLICH
für beide Seiten:
Bayerischer Bezirketag,
Redaktion: Ulrich Lechleitner